Ä132 (Projekt) Trendwende für die Öffis

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 15.11.2018

Änderungsantrag zu 1.6-A

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:
Wir wollen einen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit Berlin, damit die Mobilitätspolitik nicht an den Landesgrenzen endet. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel wollen wir stufenweise komplett für den Schienenverkehr einsetzen und damit deutlich mehr Züge bestellen. Wichtige Querverbindungen zwischen den Bahnlinien wollen wir durch ein Netz landesbedeutsamer Buslinien schaffen. Wir wollen Regionalbahnen an allen Bahnhalten halten lassen, während Regionalexpresse die größeren Halte schneller verbinden. Wir wollen die neue Zugart „Metropolexpress“ einführen, die das Umland schnell an das Berliner Zentrum anbindet. Wir wollen auf allen Strecken zwischen 5 und 22 Uhr mindestens einen Einstundentakt an Wochentagen durch Regionalverkehr und landesbedeutsame Busse und eine weitere Verbindung um Mitternacht. Für die S-Bahn in Brandenburg ist der Zehnminutentakt unser Ziel. Infrastrukturengpässe und nötige Erweiterungen wollen wir mit dem Ziel eines integralen Taktfahrplans (Brandenburgtakt bzw. Deutschlandtakt) zügig angehen. Durch die Elektrifizierung der Strecken, technologieoffene eigenelektrische Antriebe der Fahrzeuge sowie die Versorgung durch 100 Prozent erneuerbare Energien wollen wir die Emissionen des ÖPNV deutlich senken. In den Zügen und den landesbedeutsamen Buslinien wollen wir kostenloses W-LAN etablieren. Wir wollen langfristig sehr günstige Monats- & Jahrestickets (365 Euro-Ticket) anbieten sowie Schüler*innen, Studierende und Auszubildende kostenlos fahren lassen. Als ersten Schritt wollen wir ein 365 Euro-Ticket für Schüler*innen und Auszubildende einführen. Die Tarifzonengrenzen wollen wir kritisch überprüfen und mit Regionen der angrenzenden Bundesländer gemeinsame Tarifegebiete entwickeln. Damit wollen wir den VBB erweitern und einem deutschlandweiten Tarifsystem (Deutschlandtarif) näher kommen.

Begründung

Studierende zu ergänzen folgt dem formulierten Anspruch aus 1.6 Abs. 15 und ist nur formal.

Auszubildende befinden sich in Zeiten fehlender Mindestausbildungsvergütung, teilweise horrenden Mieten und kaum spezifischen Förderangeboten nicht selten in prekären Situationen. Während Studierende zwar viele Probleme kennen und selbst erleben, haben sie mit ihrem semesterbeitragsfinanzierten Tickets zumindest in Sachen Mobilität einige Freiheit. Auszubildende werden viel zu oft vergessen, wenn es um die großen Gerechtigkeitsfragen geht und Alternativen erarbeitet werden. Das ist für uns keine Option! Ausbildungsberufe und ihre Attraktivität sind unverzichtbar, um dem künftigen Mangel an gut ausgebildeten Fachangestellten zu begegnen. Außerdem wäre es fatal die Schieflage der Bildungschancen - das Elternhaus ist immer noch zu sehr bestimmender Faktor - durch eine zu verzagte Förderung von Auszubildenden, die statistisch häufiger aus Nichtakademiker*innenfamilien kommen, nicht ernst zu nehmen . Auszubildende sollten deshalb zusammen mit Schüler*innen im Fokus der ersten Teilhabemaßnahmen bei Mobilitätsvergünstigungen stehen.